

## **Initiativantrag an den UB-Parteitag**

Adressat:

SPD-Fraktion im Bundestag  
SPD-Minister in der Bundesregierung

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die SPD-Ministerinnen und Minister in der Bundesregierung werden aufgefordert, dahingehend aktiv zu werden, dass schnellstmöglich eine qualifizierte Gesundheitsversorgung der Migrantinnen und Migranten erfolgen kann, die seit dem Beitritt südosteuropäischer Länder vornehmlich aus Rumänien und Bulgarien in die Bundesrepublik einwandern.

Dazu ist es notwendig, dass die Bundesregierung auf die o.g. Länder dahingehend einwirkt, entweder den aktuellen Versicherungsstatus ihrer ausgewanderten Bürgerinnen und Bürger zu klären und den zuständigen Stellen in der Bundesrepublik mitzuteilen oder aber die anfallenden Kosten für die notwendigen Gesundheitsleistungen zu übernehmen.

### Begründung:

Am Beispiel der Situation im „Petershof“ in Duisburg-Marxloh (die Presse berichtete mehrfach) wird die gesamte Dimension deutlich:

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ärzte, Pflegepersonal, andere Helferinnen und Helfer) versorgen dort z.Zt. eine immer größer werdende Anzahl von Migrantinnen und Migranten vorwiegend aus Südosteuropa mit grundsätzlichen Gesundheitsleistungen. Der Tätigkeitsbereich erstreckt sich von präventiver Beratung über Wundversorgung und anderen therapeutischen Maßnahmen bis hin zur Prävention, Schwangerschaftsberatung, Impfungen etc.

Die ehrenamtlichen Helfer sind bereits jetzt überlastet.

Die Menschen, die den „Petershof“ oder auch andere unterstützende und helfende Stellen frequentieren, verfügen oft über keinen Versicherungsstatus bzw. ist dieser unklar, so dass sich die vor Ort erbrachten Leistungen und Materialien (Verbandstoffe u.ä.) aus Spenden speisen. Einen niedergelassenen Arzt können diese Menschen aufgrund ihres fehlenden oder ungeklärten Versicherungsstatus nicht aufsuchen.

Dies alles reicht bei Weitem nicht aus.

Die Betroffenen benötigen eine qualifizierte gesundheitliche Versorgung, die den aktuellen medizinischen und pflegerischen Standards und dem Stand des deutschen Gesundheitswesens entspricht.

Aus diesen Gründen halten wir es für notwendig, dass hier seitens der Landes- bzw. Bundesregierung dringend gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um hier eine qualifizierte Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

**Beschlossen auf dem UB-Parteitag der SPD Duisburg am 15.9.2015 bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen**